



ÖDP Bayern – Landeshauptausschuss Straubing 24.10.2020

Rede Klaus Mrasek

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der Ökologisch-Demokratischen Partei ÖDP,
ich darf Sie ganz herzlich zum diesjährigen Landeshauptausschuss der bayerischen ÖDP hier in Straubing begrüßen.

2020 – ein denkwürdiges Jahr:

Liebe Parteifreunde,
auch wenn es noch nicht zu Ende ist, das Jahr 2020 wird uns allen in Erinnerung bleiben, dafür hat die weltweite Corona-Pandemie gesorgt. Was mit wenigen Meldungen über eine neue Lungenerkrankung im chinesischen Wuhan zum Jahresanfang begann, hat sich zu einer globalen Herausforderung für uns alle entwickelt. Kein Bereich unseres Alltagslebens blieb unberührt, ob in Familie, Freundes- und Bekanntenkreis oder im Berufsleben – Corona hat überall für tiefgreifende Veränderungen gesorgt.

Auch unsere Arbeit in der ÖDP Bayern wurde davon beeinträchtigt. Während wir 2019 im Juli unseren Landesparteitag in Schwabmünchen und im November unseren Landeshauptausschuss in Erlangen in bewährter Weise durchführen konnten, war 2020 alles anders. Die letzte landesweite Veranstaltung war unser politischer Aschermittwoch in Landshut am 26.02.2020, der ganz auf die Kommunalwahl am 15.03.2020 ausgerichtet war. Dr. Stefan Müller-Kroehling, OB-Kandidat für Landshut, Benedikt Suttner, OB-Kandidat für Regensburg und Tobias Ruff, OB-Kandidat für München, stellten unsere Ziele für die Kommunalpolitik in den nächsten sechs Jahren dar. Agnes Becker und Josef Schmid, Landesvorsitzender der AbL Bayern, zogen eine erste Bilanz unseres erfolgreichsten Volksbegehrens „Rettet die Bienen“, das zum 01.08.2019 in Kraft getreten war, um anschließend mit dem von Josef Schmid als „Rollkommando des Bauernverbandes“ bezeichneten Vertretern des LSV zu diskutieren. Zweieinhalb Wochen später fand die Kommunalwahl statt, auf die erfreulichen Ergebnisse komme ich noch zu sprechen.

Ab dem 16. März war es mit dem gewohnten Alltag vorbei, erstmalig nach dem Krieg wurde bayernweit der Katastrophenfall ausgerufen. Unser für den 16. Mai geplanter Landesparteitag in Schwandorf musste verschoben werden, der politische Montag beim Gillamoos am ersten September wurde wie das ganze Volksfest abgesagt.

Und heute treffen wir uns zum LHA und nicht zum LPT. Der Landesvorstand hat sich am letzten Sonntag entschlossen, den LPT wegen der steigenden Corona-Zahlen abzusagen.

Corona-Pandemie – Katastrophenfall in Bayern:

Einen Tag nach der Kommunalwahl wurde in ganz Bayern erstmalig der Katastrophenfall ausgerufen. Durch die getroffenen Maßnahmen und das vernünftige Verhalten der ganz überwiegenden Mehrheit der bayerischen Bevölkerung ist es gelungen, die Kurve so abzuflachen, dass in Bayern und in Deutschland Triage-Situationen im Gesundheitssystem vermieden werden konnten.

Der Landesvorstand hat sich dann nach einer Orientierungsphase (die hat jeder von gebraucht als Person und auch im Gremium) mit den Konsequenzen aus der Corona-Pandemie beschäftigt, die aus unserer Sicht erforderlich sind:

1. Versorgungssicherheit – egal, was kommt!

Resilienzanalyse: Dazu sind nicht nur die medizinischen Strukturen, sondern z. B. auch die Energie- und die Nahrungsmittelversorgung auf „Verletzlichkeit“ bzw. Krisenfestigkeit zu prüfen. Erkannte Schwachstellen sind zügig zu heilen.

Resilienz, also die Widerstandsfähigkeit in existenziellen Krisen, ist ab sofort als wichtiges politisches Grundsatzziel zu definieren.

2. Profitmaximierung und Marktgläubigkeit sind keine Lösung!

Die aktuelle Corona-Krise zeigt auf, dass man auch in einer globalisierten Wirtschaft im Notfall eine Reduzierung, ja sogar einen weitreichenden Stillstand des wirtschaftlichen Systems gezielt herbeiführen muss, um fundamentale Werte wie Leben und Gesundheit zu schützen.

Mensch vor Profit!!!

Trotz fehlenden Wachstums, ja sogar bei massiven Einbrüchen des Bruttoinlandsprodukts, müssen die zentralen Teile der Daseinsvorsorge (Strom-, Wasser-, Lebensmittelversorgung, Krankenhäuser,...) und ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit für die gesamte Bevölkerung erhalten bleiben. Dies erfordert eine Abkehr von der extremen Marktorientierung (z. B. im Gesundheitswesen oder auch in der Landwirtschaft).

3. Gemeinwohl- und Postwachstumsökonomie statt ewigen Wachstumes!

Es ist zu erwarten, dass der offene Ausbruch der eigentlich schon laufenden weltweiten Klimakrise ganz ähnliche Maßnahmen auf Dauer erforderlich machen, wie sie heute wegen Corona auf Zeit ergriffen wurden. Dabei wird es nicht nur um die Reduzierung der Freizeit-Mobilität (Fernreisen!) gehen, sondern z. B. auch um die umfassende Veränderung der Landwirtschaft und um die drastische Einschränkung der Produktion von energie- und rohstoffintensiven Wegwerfartikeln und ineffizienten Geräten (z. B. hochmotorisierte PKW).

Für den Erhalt einer lebenswert-freiheitlichen Gesellschaft in einer stark reduzierten Produktionswelt kann es nur eine Lösung geben:

Die radikale Orientierung der Wirtschaft am Gemeinwohl. Eine „Wirtschaft des guten Lebens“ jenseits des nicht mehr länger haltbaren Wachstumsdogmas muss auf die Konzepte der Gemeinwohl- und der Postwachstumsökonomie aufbauen.

4. Sorgearbeit ist systemrelevant!

Die aktuelle Krise zeigt auch, welche große Bedeutung die personenbezogene Sorgearbeit für das Wohlbefinden der Menschen hat. Die bisherigen Organisationsformen dieser Dienste sind unzureichend: Dies zeigt sich nicht nur bei der Kinderbetreuung nach dem Schließen der öffentlichen Kitas und der Schulen, sondern vor allem auch bei der institutionellen bzw. häuslichen Pflege von alten Menschen und Menschen mit Einschränkungen. Defizite bestanden schon vor der Corona-Krise. Es ist deshalb erforderlich, die „Strukturen der Sorge“ neu zu denken.

Überfällig ist die Einführung eines Familiengehalts für alle Menschen, die wegen der Übernahme von familiär-häuslicher Sorgearbeit für Kinder und Pflegebedürftige auf anderweitige Erwerbsarbeit verzichten.

5. Alltagskompetenz als Bildungsziel!

Das auf die „Alltagskompetenz“ gerichtete Bildungsziel von Art. 131 Abs. 4 der Bayerischen Verfassung muss künftig ernsthafter beachtet und endlich praktisch in allen Schularten umgesetzt werden: Die aktuelle Krise zeigt nämlich, wie wichtig Alltagskompetenzen (richtiger Umgang mit Lebensmitteln und deren Herkunft, Kochen, Hauswirtschaft...) von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Zeiten sind, in denen eigenverantwortliches Leben die „neue Normalität“ ist.

6. Steuerreform für Arbeit und Umwelt!

Auf jeden Fall müssen alle Branchen und Wirtschaftsbereiche mit hohem Einsatz von menschlichen Arbeitskräften finanziell entlastet werden, damit sie endlich mit weit mehr Personal die nötigen Leistungen sicher erbringen können. Eine wesentliche Maßnahme wird sein, die Finanzierung des Sozialstaates nicht mehr über Lohn-Nebenkosten, sondern über Nebenkosten des Kapitalertrages bzw. des Energie- und Rohstoffeinsatzes vorzunehmen (ökologisch-soziale Steuer- und Abgabenreform).

7. Der Mensch – ein individuelles und soziales Wesen!

Die aktuelle Krisenerfahrung muss eine längst überfällige Korrektur der Grundlagen der Politik herbeiführen: Die letzten Jahrzehnte waren weltweit davon geprägt, die individuelle „Selbstverwirklichung“ zu Lasten des gesellschaftlichen Zusammenhalts ins Extrem zu steigern. Das Gemeinwohl als Ziel des politischen und wirtschaftlichen Handelns geriet in den Hintergrund und wurde von extrem-liberalen Sichtweisen überlagert.

Dabei ist der Mensch immer beides – individuell und sozial. Den Vätern der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes war diese Doppelnatur des Menschen eindeutig bewusst, deshalb formulierten sie die verfassungsrechtlichen Grundlagen in diesem Wissen.

Die Krise zeigt auf, dass Abwägungsprozesse manchmal auch zugunsten sozialer Erfordernisse entschieden werden müssen.

Reaktion auf Corona-Verschwörungsmythen:

Im Landesvorstand erreichen uns immer wieder Zuschriften, die sich gegen die Corona-Politik wenden, von der Kritik an einzelnen Maßnahmen bis hin zu abstrusesten Verschwörungsmythen. Zu einzelnen Kritikpunkten und unserer Antwort darauf:

1. AHA-Regeln (Abstand, Hygiene, Alltagsmasken) sind sinnlos:

Wir halten ein Ignorieren des Infektionsrisikos für unverantwortlich. Deshalb war und ist der „alte Normalzustand“ für uns derzeit keine Alternative. Natürlich stellen die AHA-Regeln eine Belastung im Alltag dar. Die Frage ist nur, ob der Verzicht auf die ergriffenen Maßnahmen die Lage wirklich bessern würde. Vorschläge, wie auf andere Weise als durch Abstandhalten, Mund-Nasen-Schutz und die eigentlich ohnehin üblichen Hygienemaßnahme (wie z. B. gründliches Händewaschen) dem Infektionsrisiko Widerstand geleistet werden könnte, werden nicht benannt. Dass der Mund-Nase-Schutz wirkungslos ist, wird durch häufige Wiederholung nicht richtiger: Alleine die Tatsache, dass im Frühjahr nach Einführung der AHA-Regeln die jahreszeitlich auf den Höhepunkt zulaufende Influenza-Welle weitgehend zum Erliegen gekommen ist, zeigt, dass die vielgescholtene Maske sehr wohl die Verbreitung von Viren eindämmen kann.

2. Wir sind das Volk:

Die ÖDP soll sich auf die Seite „der Bevölkerung“ zu stellen.

Alle Mitglieder einer Partei sind selbstverständlich auch Teil der deutschen Bevölkerung. Deshalb ist es nicht hilfreich, wenn Teile der Bevölkerung so tun, als seien sie selbst als Meinungsgruppe nicht Teil, sondern das Ganze der Gesellschaft und des Volkes!

Nach wie vor gibt der überwältigende Großteil der Bevölkerung im Bund und in Bayern bei Umfragen an, mit dem Handeln der Regierung und Verwaltung in der Coronakrise „zufrieden“ oder sogar „sehr zufrieden“ zu sein.

3. Mit Corona kommt die Impfpflicht:

Die ÖDP lehnt seit vielen Jahren in ihrem Programm eine Impfpflicht ab, steht aber dazu, dass Impfungen auf freiwilliger Basis in vielen Fällen sinnvoll sind und auch eine Leistung des einzelnen für die Allgemeinheit sein können. Besonders absurd scheint zu sein, dass Leute von einer Corona-Impfpflicht reden, obwohl auf absehbare Zeit kein Impfstoff zur Verfügung stehen wird. Für den Fall, dass ein solcher zugelassen werden kann, werden wohl auf lange Zeit nicht für alle Impfwilligen genug Dosen lieferbar sein, weshalb wohl eher die Frage auftauchen wird, wer bei der Impfung bevorzugt wird...

4. Wir befinden uns auf den Weg in diktatorische Verhältnisse:

Diesen Vorwurf weisen wir nachdrücklich zurück, insbesondere Vergleiche, die die heutigen Verhältnisse sogar in die Nähe der nationalsozialistischen Unrechtszeit rücken. Wenn man weiß, welche Verbrechen in der NS-Zeit staatlicherseits angeordnet und durchgeführt worden sind, sollte sich ein solcher Vergleich verbieten.

Meinungsfreiheit und Demonstrationenfreiheit sind auch heute in Bayern und in der Bundesrepublik gewahrt. Die Gerichte nehmen ihre Aufgabe wahr, überprüfen auf Antrag die Exekutive und korrigieren von Fall zu Fall deren Anordnungen. Schon mehrfach wurden Maßnahmen ganz oder teilweise für unwirksam erklärt, weil die Exekutive den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt hatte. Solche Vorgänge sind erfreuliche Beweise dafür, dass unser Rechtsstaat auch in einer Ausnahmesituation funktioniert.

5. Die Corona-Maßnahmen töten die Wirtschaft:

Ohne Zweifel haben die Corona-Schutzmaßnahmen erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft. Allerdings tragen die ergriffenen Maßnahmen in erheblichem Maß dazu, einen erneuten umfassenden Stillstand zu verhindern! Gerade weil man die mittelständischen Betriebe unbedingt erhalten muss, muss durch vernünftige Vorbeugung ein erneuter „Lockdown“ verhindert werden. Die Einstellung der geltenden Infektionsschutzmaßnahmen würde jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den erneuten Stillstand des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens provozieren.

Für einige Branchen wie die Luftfahrt und den Ferntourismus (z.B. die Kreuzfahrtindustrie) wird die aktuelle Pandemie einen massiven Strukturwandel auslösen, der aber angesichts der furchtbaren Klimagefahren ohnehin überfällig ist.

Die Corona-Pandemie zeigt, wie sinnvoll und zielführend es ist, nicht nur in Krisenzeiten die Aussagen und Empfehlungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ernst zu nehmen. Freilich sind Wissenschaften immer auch lernende Systeme. Der heutige Stand der Wissenschaften ist nicht "die endgültige Wahrheit für alle Zeiten". Aber Alternativen zu aktuellen evidenzbasierten Erkenntnisssystemen stehen entweder nicht zur Verfügung oder sie sind von recht zweifelhafter Qualität - um es vorsichtig auszudrücken...

Das recht verstandene, kritische Vertrauen in "Wissenschaft als lernendes System" sollte nicht nur in der Pandemie erfolgen, sondern auch auf die globalen Krisen wie Artensterben, Klimaüberhitzung und Hunger und Armut übertragen werden. Einen Impfstoff gegen das Corona-Virus wird es wohl irgendwann geben.

Einen Impfstoff gegen die Klima- und Biodiversitätskrise und gegen Hunger und Armut werden wir jedoch nie bekommen.

Zur Rolle der Parlamente in Corona-Zeiten:

Derzeit gibt es eine sinnvolle Debatte über die unterschiedlichen Rollen der drei Gewalten. Bekanntlich ist es ein Grundgesetz der Demokratie, dass die Gewalten „geteilt“ sind, also je eigenständige Aufgaben und Zuständigkeitsbereiche haben und auch gewissenhaft erfüllen.

Wenn jetzt nach einer stärkeren Rolle der Parlamente in der Corona-Krise verlangt wird, dann ist das meiner Meinung nach richtig. Aber das Parlament muss seine Aufgabe stärker wahrnehmen, nicht Aufgaben der Exekutive oder der Judikative übernehmen!

Wenn sich im bisherigen Verlauf der Krisenerfahrung und der Krisenbewältigung Defizite in bestehenden Gesetzen gezeigt haben sollten, dann müssen Bundestag und Landtage ran! Dazu wäre im vergangenen Sommer Zeit gewesen. Wenn ich mir vorstelle, welche Mittel die Abgeordneten und die Fraktionen haben – vom wissenschaftlichen Dienst des Parlaments bis zu einem Stab von steuerfinanzierten eigenen Mitarbeitern für jeden Abgeordneten – dann verstehe ich das Gejammer über den Bedeutungsverlust der Parlamente in der Krise nicht so recht:

Konkrete Vorschläge für eine Novellierung des Infektionsschutzgesetzes wurden bis dato meines Wissens nicht vorgelegt. Stattdessen bringt der Gesundheitsminister einen solchen Vorschlag ein – also wieder ist die Exekutive in Aktion, während das Parlament im Selbstmitleid und Jammerzustand verharrt!

Wie gesagt: Die Legislative hätte wohl wirklich Grund, die Gesetzeslage zu überprüfen und sinnvoll zu verändern, weil es ganz neue Erfahrungen mit der Anwendung des Gesetzes gibt.

Aber ich sehe keinen Grund, die Gewaltenteilung aufzugeben und Aufgaben der Exekutive auf die Legislative zu übertragen. Das wird nicht funktionieren und das wäre eine Verletzung wichtigster Grundlagen der Demokratie.

Natürlich hat das Parlament auch seine zweite Aufgabe ernsthaft wahrzunehmen: Wirksame und aufmerksame Kontrolle der Exekutive. Auch dazu haben die Abgeordneten vielfältige Mittel. Leider aber ist hier das alte Defizit zu spüren: Die Mehrheit der Abgeordneten, nämlich jene, die die Regierung ins Amt gewählt haben, verspüren kaum Lust zur wirksamen Kontrolle. Das schwächt das Parlament! Die tatsächliche oder angenommene Schwäche der legislativen Gewalt entsteht nicht vorrangig durch die Stärke der Exekutive oder der Judikative, sondern durch eigenes Verschulden der Parlamentarier.

Kommunalwahl am 15.03.2020:

Die kommunalpolitische Verankerung der ÖDP Bayern ist die Grundlage für unseren Erfolg. Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vor Ort geben unserer Partei ein Gesicht und setzen unser Programm in konkrete Politik um. Die Bürgerinnen und Bürger erleben Kommunalpolitik direkt vor Ort und unmittelbar. In welchem Zustand befinden sich die Schulen, ist das ÖPNV-Angebot attraktiv, wird die Planungshoheit verantwortlich ausgeübt, hat die Innenraumentwicklung Vorrang, sind die Krankenhäuser leistungsfähig und finanziell gesichert, wird die Arten- und Lebensraumvielfalt gestärkt,

wird der Klimaschutz umgesetzt? Alles Fragen, die in den Gemeinden, Städten und Landkreisen entschieden werden.

Als Landesverband haben wir insbesondere die neuen Listen unterstützt, damit diese die Unterschriftenhürde bewältigen konnten. Rund 40 neue ÖDP-Listen waren das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit, u. a. in den Landkreisen Tirschenreuth, Neumarkt i. d. Oberpfalz, Nürnberger Land, in den kreisfreien Städten Bamberg, Schweinfurt und Weiden sowie in den Städten und Gemeinden Bad Rodach, Heilsbronn, Lohr, Miltenberg usw. Gerade in Nordbayern, wo wir bisher nicht so stark vertreten waren, konnten viele weiße Flecken von der Landkarte getilgt werden. Auf der Grundlage unserer Wahlkampagne zur Landtags- und Bezirkstagswahl und unseres Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ haben wir zur Kommunalwahl einen Kampagnenkatalog mit dem Titel „Mehr Bienenretter in die Rathäuser“ angeboten mit strategischen Überlegungen zum Wahlkampf und einem Angebot an Werbemitteln, die an die örtlichen Verhältnisse angepasst werden konnten. An dieser Stelle danke ich meinen Vorstandskollegen Agnes Becker und Thomas Büchner, die diese Unterlage gemeinsam erstellt haben.

Im Ergebnis konnten wir die Anzahl unserer Mandate erneut steigern auf jetzt rund 410. In den kreisfreien Städten erzielten wir die besten Ergebnisse in Passau (13,1%), Memmingen (9,4%) und Regensburg (7,1%). Die drei besten Kreistagsresultate erreichte die ÖDP in den Kreisen Rottal-Inn (10,1%), Straubing-Bogen (9,4%) und Garmisch-Partenkirchen (7,4%). In den kreisangehörigen Gemeinden gelangen uns die größten Wahlerfolge in Wurmansquick (Landkreis Rottal-Inn) mit 33,1%, in Kößlarn (Landkreis Passau) mit 23,8% und in Murnau (Kreis Garmisch-Partenkirchen) mit 23,6%. Ich bedanke mich bei allen unseren Aktiven, die mit ihrem Einsatz diesen Erfolg ermöglicht haben, ganz herzlich für Ihr Engagement.

Als Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung hat der Landesvorstand alle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger persönlich angeschrieben und Ihnen zwei ÖDP-Pins als kleines Geschenk übersandt, damit sie für unsere ÖDP werben können. Wir werden die Arbeit vor Ort auch in den nächsten Jahren mit Musteranträgen und Aktionsvorschlägen zur Umsetzung vor Ort unterstützen. Urban Mangold, der jetzt wieder in einer Halbtagsstelle für den Landesverband arbeitet, liefert dazu gemeinsam mit Ihnen die entsprechenden Ideen und testet dazu einige Vorschläge auch vor Ort in Passau.

Der Landesvorstand legt Ihnen heute einen Leitantrag vor für einen bayernweiten Transformationsprozess zur Zukunftssicherung. Unser Landesbeauftragter für Grundsatzfragen Bernhard Suttner wird Ihnen Ziel und Inhalt dieses Leitantrages anschließend darstellen. Diesen „Bayernplan zur sozialen und ökologischen Transformation“ wollen wir vor Ort mit konkreten Vorschlägen umsetzen.

Beispiele gefällig?

Flächensparen ist das Gebot der Stunde, insbesondere durch Renovierung und Umnutzung bereits genutzter Flächen. Kommunale Hochbauten sind in Holzbauweise zu errichten, da Beton ein echter Klimakiller ist. Ca. 8 Prozent aller CO₂-Emissionen werden durch Beton verursacht, die sogenannte „graue Energie“. Holzbauten dagegen speichern CO₂ über Jahrzehnte und leisten damit einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz. Moderne Holzarchitektur bietet Lösungen für nahezu alle kommunalen Baubedarfe. Klimaschutz erfordert außerdem, dass zum Heizen keine fossilen Energieträger mehr eingesetzt werden dürfen, Photovoltaik muss Standard sein, zukunftsfähige Mobilität benötigt einen leistungsfähigen ÖPNV und der setzt voraus, dass unsere Landschaft nicht weiter zersiedelt wird. In den Städten brauchen wir Rad- und Fußgängerverkehrskonzepte, die den Verkehrsraum zu ihren Gunsten neu verteilen. Die Kommunen haben eine Vorbildfunktion, in dem sie ihre Beschaffung ökologisch, sozial und fair ausrichten, zum Beispiel bei den Lebensmitteln für ihre Küchen- und Kantinenbetriebe. Und die kommunalen Flächen: Unser Volksbegehren Rettet die Bienen

muss bei der Bewirtschaftung dieser Flächen vorbildlich umgesetzt werden, so dass die Kommunen beim Arten- und Lebensraumschutz eine Vorreiterrolle übernehmen.

Sie sehen also, für unsere Kommunen gibt es eine Vielzahl von Handlungsfeldern zur Umsetzung des „Bayernplans zur sozialen und ökologischen Transformation“.

Atommüll-Endlagersuche:

Liebe Parteifreunde, das Thema Atommüll-Endlagersuche wird wieder aktuell. Die Energiegewinnung mit Atomkraftwerken ist das Paradebeispiel für eine verantwortungslose und zukunftsvergessene Politik. Nach dem Motto „Ogfangt is, Hauptsach, Hauptsach ogfangt is“ wurden Atomkraftwerke aus dem Boden gestampft. Für den vermeintlichen Nutzen einer Generation wurde eine Altlast geschaffen, die uns für mindestens 100.000 Jahre Probleme bereiten wird. Dieser Zeitraum ist vollkommen jenseits menschlicher Vorstellungskraft.

Die Archäologie ist bereits herausgefordert, wenn sie Funde auswerten soll, die erst ein paar Jahrtausende zurückliegen. Die Entzifferung der Hieroglyphen aus dem alten Ägypten ist nur durch einen Zufallsfund gelungen, dem berühmten Stein von Rosetta, der einen Text sowohl in Hieroglyphen als auch in Altgriechisch enthalten hat und der von dem genialen französischen Sprachwissenschaftler Jean-François Champollion übersetzt werden konnte.

Also wohin mit dem Atommüll? Am 28.09.2020 wurde der Zwischenbericht der Findungskommission für ein Endlager veröffentlicht. Danach kommt die halbe Bundesrepublik als Standort für ein Endlager in Frage. Als ÖDP Bayern haben wir uns bereits frühzeitig mit dieser Frage befasst. Im August 2011 haben wir dazu ein Positionspapier verabschiedet und in unseren 132 Gründen in Grund Nummer 26 den Aufbau von Hochsicherheits-Zwischenlagern gefordert. Wir halten alle vorgeschlagenen geologischen Formationen wie Salzstöcke, Ton und Granit gleichermaßen für ungeeignet, ein Endlager für Atommüll aufzunehmen. Nach unserer Ansicht muss Atommüll rückholbar gelagert werden in der Hoffnung, dass es der zukünftige wissenschaftliche Fortschritt Methoden findet, den hochradioaktiven Abfall in weniger gefährliche Stoffe umzuwandeln. Auch das ist noch eine erhebliche Belastung für zukünftige Generationen, aber nach unserer Überzeugung der am wenigsten schlechte Weg. Übrigens stehen wir mit dieser Überzeugung nicht allein. Der bekannte Physiker Harald Lesch hat kürzlich genau diese Vorgehensweise empfohlen.

Der hochradioaktive Atommüll muss bis dahin in Hochsicherheitszwischenlagern untergebracht werden, sabotagesicher, gegen Terrorangriffe und Flugzeugabstürze gesichert. Da auch in Bayern Standorte mit Ton bzw. Granitgestein untersucht werden, steht die ÖDP Bayern bereit, die betroffenen Kommunen im Kampf gegen ein Atomendlager zu unterstützen.

Volksbegehren „Rettet die Bienen“:

Unser Volksbegehren „Rettet die Bienen“ war mit 1.741.017 Unterzeichnern und damit einer Beteiligung von 18,3 % das erfolgreichste Volksbegehren seit 1946. Unter diesem Eindruck hat der Bayerische Landtag unseren Gesetzentwurf übernommen, so dass er zum 01.08.2019 in Kraft treten konnte. Die positiven Auswirkungen sind in ganz Bayern spürbar, überall wurde der Arten- und Lebensraumschutz diskutiert und konkrete Schritte dazu unternommen. Allerdings ist die Arbeit für uns damit noch lange nicht erledigt. Der Trägerkreis des Volksbegehrens aus ÖDP, LBV, Gregor Louisoder-Stiftung und Grünen war sich von Anfang an im Klaren, dass die Umsetzung unseres Gesetzes durch ein wissenschaftliches Monitoring begleitet werden muss. Beauftragt haben wir damit die Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen (HfWU). Mit Hilfe dieses wissenschaftlichen Monitorings werden wir der Staatsregierung Tricksereien bei der Umsetzung nicht durchgehen lassen. Beispiel für eine solche

Trickserei ist die Definition von schützenswerten Streuobstwiesen. Diese sollen nur geschützt werden sollen, wenn 75 Prozent der Bäume einen Kronenansatz in mindestens 1,80 Meter Höhe haben. Das ist bei den wenigsten Streuobstwiesen der Fall und ein Widerspruch zur bisherigen Förderung. Nach dem Vertragsnaturschutzprogramm VNP genügt ein Kronenansatz in einer Höhe von 1,60 Meter und im Kulturlandschaftsprogramm KULAP ist bereits eine Höhe von 1,40 Meter ausreichend. Also eine ausgemachte Umweltsauerei – die Staatsregierung verspricht einen verbesserten Schutz und handelt genau gegenteilig. Der LBV hat im Vorfeld der Neuregelung aktuelle Probekartierungen in den Landkreisen Erlangen-Höchstädt, Bamberg und Miltenberg vorgenommen. Keiner der 21 untersuchten wertvollen Streuobstbestände konnte danach die neuen Kriterien erfüllen. Deshalb hat der LBV für den Trägerkreis Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof gegen die neue Verordnung eingereicht, weil diese den Zielen des Volksbegehrens widerspricht.

Entsprechend durchwachsen fiel die erste Jahresbilanz des Trägerkreises aus, die in einer Pressekonferenz am 16.07.2020 vorgestellt wurde. Prof. Roman Lenz von der HfWU Nürtingen-Geislingen kritisierte, dass für einen wesentlichen Teil der Indikatoren die Ausgangsdaten fehlen: dies betrifft die neu geschützten Grünlandbiotop, die Anwendung von Pestiziden, die geplante Bewirtschaftung der Straßenbegleitflächen als Magergrünland oder das Verbot garten- und ackerbaulicher Nutzung im Gewässerrandstreifen. Für die ÖDP kritisierte Agnes Becker insbesondere die fehlenden Initiativen, um den Anteil des ökologischen Landbaus bis 2030 auf 30 Prozent zu steigern. Staat und Kommunen kommen ihrer Einkaufsverpflichtung bei Biolebensmitteln für ihre Kantinen- und Küchenbetriebe bisher nur sehr zögerlich nach. Liebe Agnes, herzlichen Dank, dass Du weiterhin als „Gesicht“ unseres Volksbegehrens die ÖDP bei den vielen öffentlichen Terminen kompetent und glaubwürdig vertrittst. Übrigens war die Medienresonanz hervorragend, alles was Rang und Namen hat, war mit Korrespondenten bei der Pressekonferenz vertreten. Ich kann heute versprechen – wir werden am Ball bleiben.

Klimaschutz und Fridays-for-Future FFF:

Meine Damen und Herren, auch das Jahr 2020 war zu heiß und zu trocken. Auch in Bayern werden die Folgen der Klimaerhitzung im Alltag der Menschen spürbar. Besonders die Land- und Forstwirtschaft in Franken und der Oberpfalz leiden unter der Trockenheit. In der Landwirtschaft mit ihren jährlichen Anbauzyklen kann auf die sich ändernden Klimabedingungen noch reagiert werden, die Forstwirtschaft ist dagegen generationenübergreifend angelegt – das Prinzip Nachhaltigkeit wurde ja in der Forstwirtschaft begründet. Die Folgen der Trockenheit sind daher verheerend, es kommt zum großflächigen Absterben ganzer Wälder in kürzester Zeit.

Was muss für einen wirksamen Klimaschutz passieren? Am Beispiel meiner Heimatstadt Amberg will ich darstellen, was die Pariser Klimaziele konkret bedeuten. Um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen, müssen die CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr von 10 Tonnen auf 2 Tonnen bis 2035 reduziert werden. In Amberg ist es uns in den letzten 10 Jahren gelungen, mit einem Klimaschutzkonzept der Stadt eine halbe Tonne je Einwohner einzusparen. Bleiben 7,5 Tonnen für die nächsten 15 Jahre, umgerechnet eine halbe Tonne in jedem Jahr statt einer halben Tonne in den letzten 10 Jahren. Wir müssen unsere Anstrengungen also um den Faktor 10 steigern. Dazu kommt, dass die Einsparungen zunehmend schwieriger und kostenintensiver werden. Der Schlüssel zum Klimaschutz liegt in der Energieeinsparung und der Energieerzeugung. Der Energieverbrauch muss drastisch reduziert werden, gerade im Gebäudebestand für Heizungszwecke. Die übrige benötigte Energie im Strom-, Verkehrs- und Gebäudesektor muss durch 100 Prozent Erneuerbare Energien gewonnen werden.

Bei der Gelegenheit muss ich dem Herrn Aiwanger und seinen FW schon gehörig einschenken. Es ist schon eine dreiste Unverschämtheit, wenn der Herr Aiwanger mit Steuergeldern Anzeigen des

Wirtschaftsministeriums pro Windkraft bezahlen lässt und er und seine FW gleichzeitig im Landtag dafür stimmen, dass die 10-H-Regelung auch auf im Bau befindliche WKA angewandt wird, obwohl diese WKA noch ohne 10-H-Regelung genehmigt worden waren. Wofür sind die FW eigentlich in der Regierung bzw. im Landtag, wenn sie es nicht einmal schaffen, die CSU zur Streichung der 10-H-Regelung zu zwingen? Jedenfalls braucht niemand den Herrn Aiwanger zur Erläuterung der „Kumpelregelung“ beim Biergartenbesuch oder der „Halbe-Hendl-Entschädigung“ der Gastronomen bei der Betriebsausfallversicherung. Apropos „Halbe-Hendl“ – halb bedeutet die Hälfte und nicht 15 Prozent, die Herr Aiwanger bei den Versicherungen angeblich herausgehandelt hat.

Auch das aktuelle Klimaschutzgesetz von CSU und FW ist völlig unzureichend und wieder einmal vom „Unverbindlichkeits-Dogma“ gekennzeichnet. Angesichts dieser offensichtlichen Arbeitsverweigerung von CSU und FW sind wir als ÖDP Bayern gefordert. Gemeinsam mit unseren Partnern im Trägerkreis sind wir mit den FFF-Vertretern in Kontakt, um dem Klimaschutz in Bayern wirksam und verbindlich zu verankern. Herr Söder, dafür ist die Aufnahme des Staatsziels Klimaschutz in der Bayerische Verfassung einfach zu wenig, das zeigt das Beispiel „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ in Art. 141 BV nur allzu deutlich. Wie bei unserem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ brauchen wir ein Gesetz, das den Klimaschutz durch verbindliche Vorgaben durchsetzt. Wir arbeiten daran...

Bundestagswahl 2021:

Der Landesverband Bayern wird den Bundesverband mit aller Kraft bei den Bundestagswahlen 2021 unterstützen. 2017 wurden in allen 45 bayerischen Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt, für deren Nominierung jeweils 200 Unterstützungsunterschriften notwendig waren. Dazu kamen 2000 Unterschriften für die Landesliste, also insgesamt über 11.000 Unterschriften. Die Aufstellung von Direktkandidaten hat sich ausgezahlt, unser Erststimmenergebnis konnte um 34.500 Stimmen auf 119.000 Stimmen gesteigert werden, d. h. von 1,3 Prozent auf 1,6 Prozent, bei den Zweitstimmen haben wir dagegen 1.600 Stimmen verloren, was zu einem Ergebnis von 0,9 Prozent geführt hat. Bundesweit erzielten wir 0,4 Prozent Erst- und 0,3 Prozent Zweitstimmen, wobei der Wahlantritt in Bremen, dem Saarland und in Sachsen-Anhalt nicht gelungen war. Für die Wahlkampfkostenerstattung sind bundesweit 0,5 Prozent erforderlich, wir müssen unser Ergebnis also verdoppeln.

Wir haben uns im Landesvorstand überlegt, was wir gemeinsam mit dem Bundesverband tun können, um dieses Ziel erstmalig zu erreichen. Emilia Kirner und Urban Mangold werden unsere Überlegungen beim TOP „Bundestagswahl 2021 – Fahrplan und Strategie“ vorstellen, so dass ich mir an dieser Stelle weitere Ausführungen sparen kann.

Ich bin überzeugt, dass wir bei einem bundesweiten Antritt und möglichst vielen Direktkandidaten die reale Chance haben, die Wahlkampfkostenerstattung zu erreichen und damit unsere finanzielle Basis zu festigen.

Ausblick 2021:

Der bekannte Physiker Harald Lesch hat vor einiger Zeit ein Buch (Die Menschheit schafft sich ab) veröffentlicht, das nichts Anderes enthält als all die Aussagen, die wir als ÖDP – bei aller Bescheidenheit sei es gesagt – seit 35 Jahren formulieren und in die Debatte einbringen.

Harald Lesch sagt das übrigens selbst: Er bringt in diesem Buch ein drei Seiten langes Zitat aus Herbert Gruhls damaligem Bestseller „Ein Planet wird geplündert“, in dem dieser die planetarische Wende, die Abkehr vom Wachstumsdogma und die Anerkennung der Begrenztheit aller Ressourcen als Basis menschlichen Handelns einfordert. Dieses Buch von 1975 hat viele nachdenkliche Menschen damals zur ökologischen Politik gebracht.

Am Ende dieses Zitates schreibt Harald Lesch:

„Fazit: In den letzten 40 Jahren hat sich NICHTS geändert. Wertvolle Zeit wurde vertan!“

Lesch sagt, dass „die Party irgendwann vorbei sein werde“ und dass sich die Menschheit gerade selber abschafft. Weil sie den Ast mit großer Hingabe absägt, auf dem sie sitzt.

Ich bin Harald Lesch sehr dankbar für dieses Buch. Ich bin auch dankbar für alle anderen Wissenschaftler, die sich ehrlich und intensiv darum bemühen, die einfachen Fakten unserer gefährdeten Existenz unter die Leute zu bringen. Aber bislang sind diese Wissenschaftler und Buchautoren nicht erfolgreicher als wir: Gewählt werden nach wie vor all jene, die nicht nur eine endlose Fortsetzung der Konsum- und Wachstums-Party versprechen, sondern die gewaltige Intensivierung der Party für alle demnächst lebenden 10 Milliarden Menschen ankündigen.

Leider haben sich auch die Grünen darauf eingelassen, unter der schönen Marke „green-new-Deal“ die Fortsetzung der großen Konsum-Party zu versprechen.

Wir sollten uns vor Nachahmungsversuchen hüten – weitere Agenturen der materialistischen Versprechungsideologie werden nicht gebraucht.

Die Jugendlichen der Fridays-for Future-Bewegung mahnen uns Erwachsene und Verantwortliche in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dazu, endlich so zu entscheiden und zu leben, dass mehr und mehr eine "all-days-for-future-Haltung" entsteht. Sie muss die den Alltag beherrschende "nach-uns-die-Sintflut-Haltung" ablösen. Die ÖDP wurde gegründet und durch die Jahrzehnte erhalten als "every-day-for-future-Partei"! Sie ist das Premium-Angebot an alle, die eine "every-day-for-future-Politik" wirklich voranbringen wollen.

Liebe Parteifreunde, das ist unsere Aufgabe, das ist unser Alleinstellungsmerkmal, das ist unser Auftrag, dafür setzen wir uns heute und auch in Zukunft ein.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

F.d.R.

Klaus Mrasek